

Die Wahl zum norddeutschen Parlament.

Anfang Februar 1867 soll das norddeutsche Parlament in Berlin zusammentreten und seine Sitzungen beginnen. Vorher müssen die Wahlen zu diesem Parlamente stattfinden; es sind also nur noch wenige Tage bis zur Wahl und gilt es, daß wir uns rechtzeitig vorbereiten und für die Wahl wappnen, wenn wir nicht von den Gegnern überflügelt werden und wie bei so vielen früheren Wahlen unterliegen wollen. Bereits beginnen sich die verschiedenen Parteien mächtig zu rühren. Die nationale Partei und die Fortschrittspartei haben bereits ihre Programme veröffentlicht. Auch für unsere Parteien, auch für die konservative und die altliberale Partei wird es Zeit, ein Gleiches zu thun. Die altliberale Partei ist soeben dieser Pflicht nachgekommen, wir lassen im Folgenden den Aufruf derselben folgen, von der konservativen Partei erwarten wir ihn noch. Der Aufruf der Altliberalen lautet:

Zum zweiten Male seit dem Jahre 1848 stehen wir, steht ein großer Theil der deutschen Nation vor den Wahlen zu einem deutschen Parlament.

Die dieser Versammlung gestellte Aufgabe ist diesmal eine engere, aber sie ist zugleich eine um Viele ausdehnendere. Das jüngste Auftreten und die Erfolge Preußens haben die führende Stellung dieses Staates ein für allemal entschieden. Preußen stellt behufs der neuen Staatsbildung alle seine Kräfte zur Verfügung und die preussische Regierung erwartet von der Mitwirkung einer Volksvertretung die staatliche Konstituierung des norddeutschen Bundes.

Der zu schaffende Staat wird in seiner ganzen Anlage die Fähigkeit enthalten müssen, sich über das gesamte Deutschland zu erweitern. Er wird die nötige Ausdehnungs- und Anziehungskraft nur besitzen, wenn er mit den Bürgschaften verfassungsmäßiger Freiheit ausgestattet wird. Andererseits erscheint die einstweilige entschlossene Beschränkung auf das nächst vorliegende Ziel als Grundbedingung des Gelingens. Die Festigkeit, die fernste Macht der neuen Staatsgründung wie in erster Linie von dieser Beschränkung abhängen. Wenn das zu wählende Parlament die volle Durchführung der leitenden Stellung Preußens als seine erste Pflicht begreift, wird mit der Uebertragung der militärischen, der diplomatischen, der Zoll-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten an die Krone Preußens die Sicherung verfassungsmäßiger Mitwirkung des Volkes zur Festsetzung des Budgets und zur Gesetzgebung Hand in Hand gehen.

Diesen Standpunkt einzunehmen und ihn im Parlamente zur Geltung zu bringen, ist vorzugsweise auch der Beruf der liberalen Partei.

Sie hat vor Allem dafür zu sorgen, daß die leitende Regierung in starker Stellung den jungen Staat nach Außen zu vertreten und zu verteidigen im Stande sei. Sie wird durch nachdrückliche Unterstützung der desfallsigen Machtbedürfnisse der Regierung den nötigen Einfluß auf die Haltung derselben zu erringen und sie in dem Bewußtsein ernstester Verantwortlichkeit den großen Aufgaben der Zeit gegenüber zu befestigen haben.

Eine solche Auffassung der politischen Lage und Pflichten hat die Unterzeichneten schon in ihrem bisherigen Wirken geleitet und kenntlich gemacht. Auch Angesichts der Wahlen zum norddeutschen Parlamente ist sie die für uns maßgebende. Wir vermögen uns deshalb mit allen denen zu verständigen, die entschlossen sind, unserer Regierung aufrichtig auf die Wege ihrer großartig neuernenden deutschen Politik zu folgen und zugleich mit dem nationalen Einheitsgedanken die Idee des Rechts und verfassungsmäßiger Freiheit auf ihre Fahne zu schreiben. Nur unter der Voraussetzung solcher Verständigung wird es gelingen, die partikularistischen und preußengefeindlichen Elemente fernzuhalten, deren Fernhaltung das erste und dringendste Interesse ist.

Möchten unsere Gesinnungsgenossen schon jetzt für die bevorstehenden Parlamentswahlen in der bezeichneten Richtung thätig sein! Die neue Art der Wahl, ihrer Natur nach mit lebhafter und weit greifender Aufregung verbunden, stellt an den Eifer der Einzelnen doppelte Anforderungen, während zugleich bei der Kürze der Zeit Eile dringend geboten ist. Wir ersuchen daher unsere Freunde in und außerhalb Preußens, ungesäumt zur Bildung von lokalen Wahlkomitees zu schreiten und erklären uns bereit, dieselben mit Rath und Auskunft nach Kräften zu unterstützen.

Hierauf bezügliche Mittheilungen bitten wir an den mitunterzeichneten Abgeordneten Hubel hier selbst richten zu wollen.

Berlin, den 8. Dezember 1866.

Die Abgeordneten: H. v. Bethmann-Hollweg. v. Bonin. Conze. v. Eckardstein. v. Eynern. v. Fock. Hubel. Gäbe. Gaertner. Grundmann. Hasenclever. Hauschildt. Dr. Hayn. Jakob v. Wangelin. Meyhöffer. v. Nichteusen (Zauer). Graf v. Schwerin-Pugar. Dr. Simson. Stelger. Freiherr. G. v. Vinde (Sagen). Freiherr v. Vinde-Oldendorf. v. Wangenheim. Zanders.

Deutschland.

Berlin, 13. Dezember. Se. Majestät der König empfing heute Morgen den Finanzminister Frhr. v. d. Heydt, nahmen um 11 Uhr im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten militärische Meldungen entgegen und darauf die Vorträge des Kriegsministeriums und des Militärkabinetts.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing den Geh. Regierungsrath v. Quast.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht hat den hiesigen Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Karl Hayn zu höchstseinem Hof-Buchdrucker ernannt.

— Das Staats-Ministerium hat gestern Abend, 7½ Uhr, zu einer Sitzung zusammen, die bis 11 Uhr dauerte.

— Die preussische Regierung soll, dem „Publ.“ zufolge, die Absicht haben, den Oberpräsidenten Baron v. Scheel-Plessen abzurufen und ihn durch den Grafen v. Schwerin zu ersetzen.

— Gestern fand im Ständehause (Spandauerstraße) ein Konvent der brandenburgischen Johanniter-Ritter statt, in welchem über die neu aufzunehmenden Ritter beraten wurde.

Berlin, 12. Dezember. Am 1. Januar 1867 wird Se. Maj. der König den Tag, an welchem Allerhöchstderselbe vor 60 Jahren in das Kriegsheer getreten, festlich begehen, und es ist aus diesem sehr erfreulichen Anlasse eine Anzahl früherer Waffengefährten des hochverehrten, ruhmgekrönten Königs, wiederum wie vor zehn Jahren, bei dem Halbjahrhundert-Jubiläum hier zusammengetreten, um Sr. Maj. von den aus der Linie und Landwehr geschiedenen Soldaten aller Grade ein sichtbares Andenken an das frühere Dienstverhältnis zu Allerhöchstdemselben und ein Zeichen der Liebe und ehrsüchtigen Anhänglichkeit an jenem Ehrentage darzubringen. Dem damals aus edlen Metalle kunstreich gefertigten Helme soll ein ebenso kunstvoll gearbeiteter Lorbeerkranz aus demselben edlen Metalle zugefügt und der Betrag dafür durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Die Ueberschüsse der letzteren sollen der 1857 unter dem Schutze des Königs Majestät ins Leben gerufenen Stiftung für unermittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes vom Feldwebel abwärts zufließen. An der Spitze des Sammel-Comité's stehen: Fürst Wilhelm Radziwill, General der Infanterie z. D., v. Webern, General-Lieutenant a. D., Graf v. Redern, General-Major à la suite der Armee und Oberst-Rämmerer; es folgen ein Major, zwei Leutenants, ein Feldwebel, ein Unteroffizier und zwei Gefreite, sämtlich a. D. Die Betheiligung ist sicher so allgemein, daß sie den Werth der bedeutungsvollen Ehrengabe nur erhöhen kann. Die Armee darf sich, unter Führung des General-Feldmarschalls Grafen von Wrangel, Sr. Maj. dem Könige an jenem Tage gleichfalls mit einer Ehrengabe nahen. Am 1. Januar sind auch 60 Jahre verflossen, daß Sr. Majestät von dem königlichen Vater der Schwarze Adlerorden verliehen worden ist.

— Nach einer von dem Ober-Staatsanwalt beim Justizsenat zu Ehrenkreutzlein, Herrn von Mörs — früher Staatsanwalt beim Berliner Stadtgericht — an die hiesige Kriminalpolizei gelangten Mittheilung ist es gelungen, in dem im Bezirke von Neuwied gelegenen Orte Altenkirchen eine wahrscheinlich sehr weit verzweigte und schon lange existirende Falschmünzerbande zu entdecken, die alle möglichen Arten preussischer Papiergeldes angefertigt und verausgabt hat. Es sind dort bereits mehrere Personen in Haft genommen worden. Herr v. Mörs hat den Wunsch ausgesprochen, es möge ein Berliner Kriminalbeamter zur weiteren Verfolgung des Verbrechens dorthin beordert werden und ist darauf der Kriminal-Kommissar Weber, der seither bei Entdeckung und Verfolgung von Falschmünzern besonders thätig gewesen ist, nach Neuwied entsendet worden.

— Von dem Abgeordneten Schmidt (Radow) ist folgender Antrag für die Vorberatung des Etats der Forstverwaltung, und zwar zu Tit. 1 Nr. 2 und 3 gestellt worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Erwartung auszudrücken, daß die königliche Staatsregierung für die Ausgleichung der Verschuldung der einzelnen Oberförster- und Försterstellen mehr als bisher durch angemessene Stellenzulagen sorgen, diese aber nicht aus der Gehaltssumme bestreiten, sondern neben dem unverfürgten Gehalte zahlbar machen, auch die Dienstaufwands-Entschädigung der Oberförster, dem Bedürfnisse entsprechender reguliren werde.“

Berlin, 13. Dezember. Der heutige (43.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wohnten der Handelsminister Graf Bismarck und als Regierungs-Kommissare der Ministerial-Direktor Frhr. v. d. Rade und Geh. Regierungsrath Heise bei. Die Tribünen sind schwach besetzt, die Plätze im Hause füllen sich erst allmählich. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Abg. von spricht den Wunsch aus, daß die Redner bei längeren Reden die Rednertribüne betreten mögen, weil sie dann besser verstanden werden können. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Fortsetzung der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Es sind dazu vom Handelsminister mehrere Nachweisungen eingegangen. Der erste Redner ist der Abg. Schmidt (Radow): Der Zweck der Eisenbahnen ist, eine Rente zu schaffen und den Verkehrsinteressen zu dienen. Die Grundzüge der einzelnen Verwaltungen stimmen nicht überein. Den Staats-Eisenbahnen wirft man vor, daß sie zu wenig die Rente berücksichtigen. Eine Vergleichung mit anderen Bahnen ergibt im Einzelnen Unterschiede. In Belgien, wo Staatsbahnen sind, besteht die sogenannte fallende Scala, indem bei längeren Touren der Kostensatz verhältnißmäßig billiger wird. Es würde sich fragen, ob nicht die Regierung diese fallende Scala auch hier einführen könnte. — Ferner hat man in Frankreich und der Schweiz Züge von und nach der Stadt für die Schuljugend eingerichtet. Sodann ist in England die Einrichtung für die eine bestimmte Summe jährlich die Bahn nach London täglich hin und zurück benutzt werden kann. Regierungs-Kommissar Geh. Rath Heise versichert, daß bei den Staats-Eisenbahnen in erster Linie auf die Hebung des Personen-Verkehrs Rücksicht genommen werde. Er weist darauf hin, daß unsere Verhältnisse manche der angeführten Einrichtungen nicht bedürften. Die Einrichtung fortlaufender Abonnements sei bereits angebahnt und werde in kurzer Zeit ins Leben treten. — Abg. Michaelis (Stettin) macht auf verschiedene Klagen aufmerksam, welche gegen die hiesige Güter-Expedition der niederschlesischen Eisenbahn erhoben werden. — Regierungs-Kommissar Geh. Rath Heise, erkennt die Berechtigung dieser Klagen an und verspricht Abhilfe seitens der Regierung. — Abg. Graf Bethusy-Huc bittet dafür Sorge zu tragen, daß die bei den Schnellzügen häufig vorkommenden Versäumnisse vermieden würden.

Handelsminister Graf Bismarck erwidert, daß solche Versäumnisse nicht vorkommen dürfen und daß er das Nötige verfügen werde, wo solche Dinge zu seiner Kenntniß kommen. Die Klagen über ungenügende Abfertigung gingen augenblicklich durch ganz Norddeutschland und darin liege der Beweis, daß der gute oder böse Wille der Verwaltung nicht die Schuld trage. Wo sich ein Mangel an Waggons herausstelle, werde durch Anschaffung neuer Waggons abgeholfen und werde er schon in den nächsten Tagen eine dahin gehende Vorlage machen. Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Berger (Solingen) und Graf Bethusy-Huc werden die Einnahmen der nieder-

schlesisch-märkischen Bahn genehmigt. Abg. Berger (Solingen) verweist auf den großen Segen, den die Einführung des Fernmittels für Kohlen zu ergeben und bittet die Staatsregierung, diesem Lari immer weitere Ausdehnung zu geben. Bei dem Etat der westfälischen Eisenbahn motiviert Abg. v. Bodum-Dolffs seinen Antrag, diese Bahn sowohl wie die Friedrich-Wilhelm-Nordbahn mit einer genügenden Zahl von Kohlenwaggons zu versehen. Abg. Dr. Hammacher befürwortet die Vermehrung des Waggons- und Lokomotiven-Parks auf der westfälischen Staatsbahn, dagegen habe das Haus über die Friedrich-Wilhelm-Nordbahn als einer Privatbahn keine beschließende Gewalt. — Regierungs-Kommissar Heise: Die Regierung hat das Bedürfnis von jeder anerkannt und ist eine Vermehrung des Waggons-Parks bereits auf allen Bahnen des Staates eingetreten. Dies beweist, daß die Regierung nicht die Hände in den Schooß gelegt hat. Die Regierung wird binnen Kurzem mit derartigen Anträgen vor das Haus treten und empfiehlt die Annahme des Hammacher'schen Antrages. (Finanzminister Freiherr v. d. Heydt ist in das Haus getreten.) Abg. v. Bodum-Dolffs zieht seinen Antrag zurück. Der Hammacher'sche Antrag wird angenommen. Zu der Position Köln-Mindener Eisenbahn hat Abg. Fester einen (im Wortlaut weiter unten folgenden) Antrag gestellt, bezüglich des Vertrages mit der Köln-Mindener Bahn vom 10. Aug. 1865 und fügt hinzu: Die Abg. der Einnahmen sei augenblicklich nicht zulässig, weil das Haus dazu die Macht nicht habe. Das Haus müsse aber mindestens wegen den Vertrag eine Rechtsverwahrung einlegen. Er habe die Hoffnung, daß die Staatsregierung den Vertrag nicht vorlegen werde. Die Regierung antwortet nicht und wird der Antrag in folgender Fassung: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: mit Rücksicht auf den tatsächlichen Zustand, welchen die königliche Staatsregierung durch die Ausführung des zwischen ihr und der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft geschlossenen Vertrages vom 10. August 1865 g. schaffen hat, genehmigt das Haus der Abgeordneten die Einnahme, verwahrt sich jedoch gegen die Annahme, daß es durch dieses Bortum auf die verlangte Vorlegung des Vertrages vom 10. August 1865 und die demnachstige Prüfung desselben verzichte, angenommen.“ — Abg. Dr. Hammacher verweist darauf, daß die Köln-Mindener Eisenbahn in diesem Jahre zum ersten Male mit Mindereinnahmen angelegt ist. — Regierungs-Kommissar Ministerial-Direktor v. d. Rade gesteht dies zu, bittet jedoch, es bei den Anträgen im Etat zu belassen. — Bei der Position Bergisch-Märkische Eisenbahn bittet Abg. Dr. Hammacher um Auskunft, weshalb der Staat Aktien der Bergisch-Märkischen Eisenbahn an die Verwaltung der Bahn veräußert habe. Reg.-K. mm. v. d. Rade bezieht sich auf den Vertrag, der darüber zwischen dem Staat und der Gesellschaft besteht. — Bei der Position „Besoldungen“ macht Abg. Dr. Borchow auf den Unterschied in dem Gehalt zwischen den Eisenbahn-Sekretären und den Betriebs-Sekretären aufmerksam. — Reg.-K. mm. Geh.-Rath Heise: Die Betriebs-Sekretäre werden, sobald sie sich dazu eignen, zu Eisenbahn-Sekretären befördert, zu letzteren ist eine größere Erfahrung im Dienst notwendig. — Abg. Berger (Solingen) verweist auf die Nothwendigkeit der Verbesserung der Stellungen der Bahnwärter, Weichensteller etc. und befürwortet Verminderung der Arbeitszeit derselben. — Abg. Dr. Berger bittet die Regierung, des Baues der Bahn Cal. - Vier eingedenk zu sein. — Abg. Schmidt (Radow) fragt, ob der neuerdings mit der Stettiner Bahn abgeschlossene Vertrag dem Hause vorgelegt werde. Reg.-K. mm. v. d. Rade bejaht diese Frage. Die folgenden Positionen des Etats werden ohne Diskussion genehmigt. (Schluß folgt.)

Bromberg, 8. Dezbr. Die Schifffahrt auf dem Bromberger Kanal hat wieder begonnen. Das über fünf Zoll starke Eis ist mit großer Mühe zerstört worden. Jetzt ist der Kanal ganz frei vom Eise, das durch das milde Wetter von 7—8 Grad Wärme und den vielen Regen, nach der Zerstörung fast ganz verschwunden ist. Die Weichsel ist oberhalb Dirschau noch mit Eis bedeckt. Dampfschiffe, welche das Eis durchbrechen wollten, mußten die Arbeit aufgeben, als sie an eine Stelle gelangten, wo das Eis schichtweise über einander lag; sie hatten bereits anderthalbe Meile im Eise zurückgelegt.

Aus dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, 10. Dezember. Das Wahlgeseh für das norddeutsche Parlament ist von der Regierung publizirt und es beginnt sich bereits eine ziemlich lebhaftere Wahlagitatio im Lande zu regen. Besonders in Rostock, der bedeutendsten und sich stets am politischen Leben am thätigsten betheiligenden Stadt Mecklenburgs, haben sich schon ein entschiedenes liberales und ein zweites mehr konservatives Wahl-Comité gebildet, und beide bezeichnen jetzt eine Reihe von Männern, die sie vorzugsweise geeignet halten, Mecklenburg im zukünftigen norddeutschen Abgeordnetenhaus zu vertreten. Welche Partei als Sieger aus diesen, wahrscheinlich ziemlich lebhaft werdenden, Wahlkämpfen hervorgehen wird, darüber kann man noch nicht das allermindeste Urtheil fällen, da dies wesentlich nur davon abhängt, in welchem Grade sich das flache Land und besonders auch die sehr einflußreichen Gutbesitzer bei den Wahlen betheiligen werden. Im Ganzen wird Mecklenburg-Schwerin fünf und Mecklenburg-Strelitz einen Abgeordneten in das Parlament senden.

Darmstadt, 9. Dezember. Der Großherzog wird sich morgen nach Friedberg begeben. Den getroffenen Vorbereitungen gemäß scheint ein mehrtägiger Aufenthalt in Aussicht genommen zu sein, da heute bereits eine größere Anzahl Hofwagen dahin befördert wurden. Der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau sollen, wie gerüchelt wird, mit dem Großherzog in Friedberg zusammenkommen.

Ausland.

Paris, 12. Dezember. Der Hof feiert am 20. erst nach den Tullerien zurück, um dort die Weihnachten zu feiern. — Aus Orizaba vom 17. November sind heute Briefe vom Kaiser Max eingetroffen, welche von Vera-Cruz über Havannah nach New-York und von dort über England nach Paris gelangten. Diese Briefe beschäftigen sich jedoch nur mit Anordnungen für die Kaiserin Charlotte in Miramare und geben keine politischen Aufschlüsse. Nach den mit der „Fraser“ in St. Nazaire eingetroffenen Berichten waren die Franzosen eiligst mit der Konzentration ihrer Truppen und mit starker Besetzung der Rückzugspunkte zwischen Mexiko und Vera-Cruz beschäftigt, damit der Abmarsch ungehindert und rasch vollführt werden könne. General Doual war auf dem Marsche, um in der Hauptstadt den Marschall Bazaine abzulösen, der eine Inspektionsreise von Mexiko nach Vera-Cruz antreten wollte.

— Morgen findet im Schlosse zu Compiègne ein großer Familien-, Minister- und Privatrat statt, in welchem der Tag der Abreise der Kaiserin nach Rom endgültig festgestellt werden soll.

12/24, 1/4 *Al.* bez., Mai-Juni 12 1/2, 1/2 *Al.* bez.
 Leinöl loco 13 1/2 *Al.*
 Spiritus loco ohne Faß 15 1/12, 16 *Al.* bez., Dezember, Dezember-
 Januar und Januar-Februar 15 5/12, 17/24, 19/24 *Al.* bez. u. Ob., 5/8 Br.,
 April-Mai 16 5/12, 1/8, 1/2 *Al.* bez. u. Br., 9/12 Ob., Mai-Juni 16 2/3, 3/4
Al. bez. u. Br., 3/8 Ob.

on Kreuz und Rösslin-Rolberg 1. Zug 11⁵⁴ Nm., II Zug 6¹⁷ Nm., Elzug von Rösslin (Kourierzug von Stargard. 3⁴⁴ Nm., II. Zug von Rösslin-Rolberg 9²⁰ Nm.